

Pressemitteilung der LAK zum landesweiten Semesterticket 27.11.2017

Verhandlungen für ein landesweites Semesterticket in Rheinland-Pfalz nehmen an Fahrt auf

Vor einigen Monaten sorgte die Aussage des Staatssekretärs des rheinland-pfälzischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (MWVLW), die Studierenden des Landes wünschten sich kein landesweit gültiges Semesterticket, für heftige Kritik vonseiten der landesweiten Studierendenvertretung. Seit letztem Freitag, den 24.11.2017 sind nun erste Schritte auf dem Weg zu einem landesweit gültigen Semesterticket getan.

Auf Einladung des Ministeriums für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (MWWK) trafen sich Vertreter aus Politik, Verkehrsverbänden, der Studierendenwerke, der Landeshochschulpräsidentenkonferenz (LHPK) und eine Delegation aus den Reihen der LandesASten-Konferenz (LAK), welche die Vertretung der Verfassten Studierendenschaften auf Landesebene wahrnimmt, zu einer ersten Verhandlungsrunde.

Aus Sicht der studentischen Delegation wurden schnell wichtige Verhandlungserfolge erzielt. So wurde vonseiten der Verkehrsverbände dem Positionspapier der LAK zugestimmt.

„Wir sind als LandesAStenKonferenz zufrieden mit den ersten Ergebnissen der Verhandlungen. Insbesondere die schnelle Einigung auf ein landesweites Semesterticket in Form eines Solidarmodells sehen wir als wichtigen Fortschritt an.“, berichtet Luca Wagner, der Koordinator der LAK und Co-Referent für Hochschulpolitik des AStA der Universität Trier.

Die Verkehrsverbände erkannten die Vorteile des Solidarmodells gegenüber alternativen Gestaltungs- und Finanzierungskonzepten.

Ebenfalls unstrittig ist, dass die Geltungsbereiche aktuell bestehender Semestertickets nicht grundlegend neu organisiert werden sollen, sondern lediglich um die landesweite Komponente erweitert werden sollen.

Dies ist insbesondere für die Hochschulstandorte in Nähe zu der Landesgrenze wichtig, da sonst Preise für die Nutzung des ÖPNV in den Nachbarbundesländern sprunghaft ansteigen würden.

In den kommenden Sitzungen wird nun zu verhandeln sein, wie genau das Solidarmodell ausgestaltet werden soll und welchen Preis das landesweit gültige Ticket am Ende haben wird.

„Unsere Gegenseite bevorzugt aktuell einen Ansatz des Solidarmodells, welcher für manche Studierendenschaften Mehrkosten ergeben würde, die in keiner Relation zum Nutzen stünden.“, erklärt Markus Halbrock, Vorstandsmitglied des Allgemeinen Studierendenausschusses der Universität Mainz und Teil der Delegation der LAK. Hierzu wird die LAK intern einen Lösungsvorschlag erarbeiten.

Nichtsdestotrotz sind die Mitglieder der studentischen Delegation optimistisch. Die erste Verhandlungsrunde hat gezeigt, dass eine Einigung möglich ist.

Ein weiteres Treffen soll vermutlich Ende Februar zwischen den verschiedenen Akteuren unter Leitung des MWWK stattfinden.